Nummer 21 / 50. Jahrgang

Berlin, den 26. Mai 1923

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstraße 4. • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • •

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
•••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an ••••••

„Die Ameise" erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 500 Mark, im Arbeitsmarkt 300 Mark. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postscheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

Arbeitgeber-Lohnpolitik.

In der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber", veröffentlicht der Syndikus der vorgenannten Vereinigung, Dr. Meißinger, einen Artikel, „Gesunde Lohnpolitik", welche Ueberschrift den dann folgenden Inhalt nicht ohne weiteres vermuten läßt. Dr. Meißinger nimmt vorerst Stellung zu der Tatsache, daß trotz der Markstabilisierung in den Monaten Februar, März, April die Unternehmer die Preise nicht herabgesetzt haben und sagt:

„Wir haben weiter gesehen, wie schwer es der seit Jahren jeder soliden Kalkulationsmöglichkeit beraubten Wirtschaft aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen sein muß, ohne Garantie für die nächste und fernere Zukunft in eine allgemeine Preisabbaubewegung einzutreten."

Unmittelbar anschließend jedoch wird gegen die Gewerkschaften der Vorwurf erhoben, daß sie sich nicht mit einem Lohnabbau einverstanden erklärt haben und es heißt hierzu in dem Artikel unter anderem wörtlich:

„Für die Gewerkschaften und für die Arbeiterschaft im Lande draußen bedeutet ja, wie aus der gesamten Arbeiterpresse immer wieder zu sehen ist, die Stabilisierung des Lohnes schon den Lohnabbau, wenn diese Stabilisierung nicht gleichzeitig mit einer ebenso wesentlichen Preissenkung begleitet war."

Nachdem es also als Selbstverständlichkeit hingestellt wird, daß die Unternehmer ohne Sicherung für die Zukunft einen Preisabbau nicht vornehmen können, wird unmittelbar von den Arbeitnehmern gefordert, ohne jede Sicherung mit einem Lohnabbau einverstanden zu sein. Daß die Arbeiter nicht zu dieser Auffassung der Unternehmer kommen konnten, wird auf „kommunistische Hetze" und „unrichtige gewerkschaftliche Betrachtungen" zurückgeführt. Jeder, der zu anderen Ergebnissen kommt, als den Unternehmern paßt, ist eben im Unrecht. Sodann bemüht sich Dr. Meißinger, ausführlich nachzuweisen, daß in der Tat die Arbeitnehmer in großer Zahl bereits einen Goldlohn erreicht haben. Zu einer Zeit, als der Dollar noch auf 21 000 Papiermark stand, soll der Lohn der Arbeitnehmer das Fünftausendfache des Friedenslohnes betragen haben. Eine Feststellung, die sich aus den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen leider nicht ergibt. Dr. Meißinger weist auch nach, warum die Gewerkschaften den Lohn so in die Höhe getrieben haben, und führt dies darauf zurück, daß ausländische Gewerkschaftsführer diese Taktik ihren deutschen Kollegen eingeredet hätten, und zwar deshalb, „weil die Beseitigung der deutschen Konkurrenzfähigkeit selbstverständlich im Interesse der ausländischen Gewerkschaftsbeamten liegt, die dann die Arbeitslosigkeit des Auslandes nach Deutschland verpflanzen und so ihre eigene gewerkschaftliche Arbeit von einer der unangenehmsten moralischen, materiellen und organisationshemmenden Belastung freistellen. Nur der von Natur gutmütige, auf Internationalität eingestellte Deutsche mag diese Wahrheit übersehen."

Nach dieser Einleitung kommt Dr. Meißinger sodann zu drei Forderungen und Grundsätzen, von deren Durchführung allein die Gesundung der deutschen Wirtschaft und das Wohl der Arbeitnehmer abhängen würde, und zwar:

1. „Goldlohn für Goldleistung und entsprechende Friedensproduktion lautet ein unabänderliches Wirtschaftsgesetz."

2. „Goldlohn nach Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt und Wiederherstellung der früheren Arbeits- und Betriebsverfassung; dies ist ein zweites unabänderliches Wirtschaftsgesetz."

3. „Kein Goldlohn ohne völligen Abbau der Zwangswirtschaft."

Zu diesen Feststellungen ist noch folgende Auffassung von Dr. Meißinger von Interesse:

„Der einzelne Arbeiter, der auf Beibehaltung der Demobilmachungsbestimmungen, des Achtstundentages und der heutigen Arbeits- und Betriebsverfassung trotz der Verstümmelung der deutschen Wirtschaft besteht, entzieht sich selbst die Möglichkeit, auf Goldlohn zu kommen, weil er mithilft, eine viel zu große Zahl, namentlich unproduktiver Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einzustellen und damit den Lohn des einzelnen im selben Verhältnis zu drücken."

Das heißt also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeitnehmer auf alle ihre Rechte in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung verzichten sollen. Der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und alle übrigen sozialen Gesetze sollen abgeschafft werden, den Eisenwirtschaftsbund hat man bereits auffliegen lassen, die Außenhandelsstellen sind im Abbau begriffen, der Reichswirtschaftsrat wird zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert, die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt und in der Brotversorgung muß verschwinden, die Arbeiter haben sich weder um Sozialpolitik, noch um Wirtschaftspolitik zu kümmern, dann können die Unternehmer die Gewähr übernehmen, die Wirtschaft wieder herzustellen und dann wird es auch den Arbeitern allein gutgehen.

Aehnlich klingt es in letzter Zeit allgemein aus dem Unternehmerblätterwalde, nur daß es vornehmlich Wissenschafter (z. B. die Professoren Herkner und Voigt) sind, die die Auffassung von Dr. Meißinger ebenfalls, wenn auch nicht ganz so weitgehend vertreten. So stellen sich also scheinbar die Unternehmer die Durchführung des § 1 der Satzung der Zentralarbeitsgemeinschaft vor, der folgendermaßen lautet:

„Die Zentralarbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten."

Die „Gleichberechtigung" der Arbeitnehmer soll wieder durchgeführt werden, indem die Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft unter denselben Bedingungen als Ware verkaufen dürfen, wie der Unternehmer auch seine übrigen Lieferungsverträge abschließt. Das Arbeitsverhältnis als Schuldverhältnis soll verewigt werden, das Arbeitsverhältnis als Personenverhältnis wird energisch bekämpft. Der Tarifvertrag, die Grundlage des kollektiven Arbeitsrechts, soll beseitigt werden. Dieses angeblich gleiche Recht der Arbeitnehmer bei der Verwertung der Arbeitskraft wird besonders von Heinz Potthoff (München) in seiner Broschüre „Wesen und Ziel des Arbeitsrechts" (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin) charakteristisch dargestellt und nachgewiesen, daß diese angebliche Gleichberechtigung in Wirklichkeit weiter nichts ist, als eine vollkommene Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers vom Unternehmer, wenn eben nicht aus dem Arbeitsverhältnis ein Personenverhältnis wird und die sozialen und wirtschaftlichen Sicherungen in der Weise gegeben sind, wie dieselben von den Gewerkschaften erstrebt werden.

Es ist zwecklos und nicht beabsichtigt, Dr. Meißinger wegen seiner Ausführungen Vorwürfe zu machen. Jeder kämpft für die Interessen seiner Klasse mit den Mitteln, welche ihm zur Verfügung stehen. Aber es ist notwendig, daß die Arbeitnehmer aus derartigen Meinungsäußerungen von Unternehmervertretern ihre Schlüsse ziehen und die allein mögliche Schlußfolgerung kann nur sein, Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften bis zum äußersten, Ueberführung des letzten Arbeitnehmers in seine zuständige Gewerkschaft, damit die zahlenmäßige Bedeutung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften für den Kampf zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer restlos eingesetzt werden kann. Nur so werden die Arbeitnehmer in der Lage sein, ihre Forderungen durchzusetzen und ihre Ziele zu erreichen, und wenn Dr. Meißinger durch seinen Artikel erreicht hat, daß noch unaufgeklärte Arbeitnehmer endlich ihre Klassenlage erkennen, dann ist auch er ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft.

Clemens Nörpel.

Lohnabkommen auf drei Wochen.

Die Verhältnisse bedingten, daß am 15. Mai die Vertreter der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer wieder in Berlin zusammenkamen, um über die Richtigstellung der Löhne zu verhandeln. Von unserer Seite wurde ganz kurz darauf hingewiesen, wie dringend notwendig das sei. Wer aber glaubte, die Unternehmervertreter würden in Anbetracht der Sachlage die zwingende Notwendigkeit anerkennen, der hatte sich getäuscht. Der schlechte Geschäftsgang, die Geldknappheit und Geldmittelbeschaffung waren die Hauptpunkte, die von den Unternehmern ins Feld geführt wurden. Sie baten eindringlich, daß die Arbeitnehmerschaft auf die feinkeramische Industrie Rücksicht nehmen müsse. Bei dieser Gelegenheit wurden wieder einmal zum Beweis für die „hohen" Löhne der Beschäftigten die Spitzenverdiener besonders von den Unternehmern hervorgehoben. Die manchmal übermäßige Schufterei einzelner Kollegen dient also den Unternehmern als Hauptargument gegen eine Lohnerhöhung auf der ganzen Linie. Das sollte zu bedenken geben. Unsere Seite blieb natürlich darauf die Antwort nicht schuldig. Sie verwies eindringlich darauf, daß die Verdienste auf Kosten der Gesundheit erzielt werden, und daß doch die Unternehmer davon den größten Vorteil hätten. Diesen Vorteil nun gegen die übrigen Arbeiter bei Lohnverhandlungen als Argument auszuschlachten, sei eine verfängliche Sache. Die Unternehmer sollten froh sein, wenn sich die Leistungen erhöht hätten. Die Kollegenschaft kann daraus manche Schlüsse ziehen.

Gegen die Angaben wegen des schlechten Geschäftsganges wurde von uns betont, daß sich dieser nach unseren Berichten wesentlich in den letzten Wochen gebessert habe. Gerade die Fabriken, die stets als Opfer der schlechten Geschäftslage hingestellt wurden, konnten ihren Betrieb wieder aufnehmen, und eine Anzahl anderer die Kurzarbeit vermindern und damit wieder zur Vollarbeit übergehen. Das konnte von den Unternehmervertretern zwar nicht bestritten werden, dafür brachten sie vor, die Vollarbeit stütze sich nicht auf längerlaufende, sondern augenblicklich auszuführende Aufträge, die jeden Tag aufhören könnten. Es sei bedauerlich, wie wenig die Arbeitervertreter dem Vorbringen über die Schwierigkeit der Geldbeschaffung und der bedrohlichen Lage der Industrie Glauben schenkten.

Nach der Darlegung der gegenseitigen Auffassungen berieten zwei kleine Kommissionen jeder Seite stundenlang, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Da die Unternehmer auf unsere Forderungen nicht einmal ein Angebot machten, mußte nachts um 9 Uhr in einer Plenarsitzung von uns die Frage gestellt werden, ob die Gegenseite überhaupt den Willen habe, eine Antwort zu geben und ein Angebot mache.

Diese Frage mußte mit eingehenden Ausführungen über die Lage der Arbeiterschaft, der Lage der Wirtschaft und Politik im allgemeinen, und der Lage der Industrie im besonderen, bekräftigt werden. Dabei kam auch zur Erörterung, wie das Unternehmertum allgemein zur Markstabilisierung stand, wie schon einzelne Herren auftreten und auf ihre Macht pochen. Diese überhebenden Stimmungen könnten doch nur für die Gegenwart gelten. Es werde dabei vergessen, daß auch wieder andere Zeiten kämen. Das Kapital habe auch die Regierung bei der Goldwertanleihe völlig im Stich gelassen. Vergessen wurde dabei auch nicht, daß die Industrie sich Goldpreise zahlen läßt, aber Papierlumpen als Lohn gibt. Die Arbeiter hätten die Jahre her keinen Mehrlohn gehabt, aber die Industrie im großen Maße. Sie habe auch ihre Sachwerte behalten, und vielfach vermehrt, auch ihre Uebergewinne in persönliche Gewinne umgewandelt. Nun werde auf einmal vorgebracht, für die Industrie sei keine Sicherung mehr vorhanden. Das Maß der Tragfähigkeit für die Arbeiter sei nun abgelaufen, es gehe nicht mehr so weiter. Das könne mit um so größerem Recht verlangt werden, als unsere Industrie jahrelang ungestört habe arbeiten können und sich sättigen konnte. Man möge doch die Reserven in Zeiten der Not angreifen, und mit den guten Monaten die schlechten ausgleichen. Die Realgewinne der Unternehmer seien nicht wie die Reallöhne der Arbeiter sehr stark gesunken.

Daraufhin stellten die Unternehmer durch ihre Sprecher in Abrede, daß sie die Lohnfrage als eine Machtfrage ansähen. Der gegenseitige gute Wille müsse bei einem Vertragsverhältnis vorherrschen. Die Industrie lebe tatsächlich bei Erledigung der Aufträge von der Hand in den Mund. Die Auftragshereinnahme sei ungesund. Die Hebung der Kaufkraft hänge von der Besserung der grundsätzlichen Verhältnisse ab. Auf dem Auslandsmarkt mache sich französische Konkurrenz bemerkbar. Auf die Frage, wo denn die Gewinne, die aus Goldeinnahmen und größtenteils Papiergeldausgaben flossen, geblieben seien, blieb die Gegenseite die Antwort wohlweislich schuldig.

Nach dieser eingehenden und gründlichen Aussprache kamen die Unternehmer doch mit einem Angebot heraus, das sich nach weiteren Verhandlungen im engeren Rahmen zu folgendem Abkommen verdichtete:

Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Parteien vereinbart worden:

I. Der mit Wirkung ab 29. April 1923 für alle Orts- und Altersklassen geltende Effektivlohnaufschlag von 219 Proz. erhöht sich

vom 14. bis 27. Mai 1923 auf . . 267 Proz.,
ab 28. Mai 1923 auf . . . . . 283 Proz.

II. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen, die Prämien und Besatzungszulagen.

III. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Teuerungszulagen werden angerechnet.

IV. Das Zehrgeld wird von 850 Mk. bezw. 1500 Mk. auf 1100 Mk. bezw. 1800 Mk., das Uebernachtungsgeld von 1800 Mark auf 2200 Mk. erhöht. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

V. Dieses Abkommen kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Tagen zum Wochenende, erstmalig zum 3. Juni 1923, gekündigt werden.

Berlin, den 15. Mai 1923.

(Unterschriften.)

Anmerkung zu I des Abkommens: Für diejenigen Betriebe, die die früheren Aufschläge auf die Effektivverdienste zusammengezogen hatten und demzufolge zuletzt einen Gesamtaufschlag von 570 Proz. in Anrechnung brachten, teilen wir mit, daß sich der Gesamtaufschlag durch vorstehendes Abkommen erhöht

vom 14. bis 27. Mai auf . . . 670 Proz.,
ab 28. Mai auf . . . . . 704 Proz.

Zu dem Abkommen muß gesagt werden, daß auf die Dauer und Höhe der Sätze nicht leichten Herzens eingegangen wurde. Es wurden erst alle Für und Wider erwogen, ehe der Abschluß getätigt wurde. Die Verhandlungskommission weiß, daß es die Mitglieder ebensowenig befriedigen wird, wie sie befriedigt war; sie macht aber darauf aufmerksam, daß so manches von der Mitgliedschaft zur Unterstützung der Verhandelnden unterlassen wurde. Es muß bei dieser Gelegenheit wieder darauf verwiesen werden, wie mühselig sich arbeiten läßt, wenn die Mithilfe und der geschlossene Wille draußen versagen. Von der Lohnkommission alles mögliche zu verlangen, zu protestieren und gegen ungenügende Abschlüsse aufzumucken, ist leicht, aber besser und vorteilhafter wäre, die Schliche und Praktik der Unternehmer zu studieren und daraus die Schlüsse zur Anwendung einer durchgreifenden Unterstützung zu ziehen.

Wir wollen uns nichts vormachen: In der Taktik sind uns im Rahmen der weiten Mitgliedschaft die Unternehmer über. Ihre Draufgänger benutzen jede Gelegenheit — in einzelnen Fabriken werden Angestellte dazu verwendet — gegen die Verbandsführer offen und versteckt zu schüren und finden leider bei so manchem Kollegen Unterstützung. Dieses Mittel hat der gesamten Kollegenschaft schon manchen Schaden zugefügt. Den Gegnern kamen also die von Arbeitern gelieferten Waffen zugute. Das muß aufhören. Disziplin muß herrschen, dann bleiben auch die Erfolge nicht aus.

Richtung in den Verhandlungen des [illegible] als wenn die Unternehmervertreter ihre Angaben mit Unterlagen erhärten, die aus Kollegenkreisen stammen.

Die Mahnung war wieder einmal nötig.

Im übrigen: Vergeßt nicht, die Vorarbeiten für die kommenden Lohnabkommen zu leisten! Erreichen läßt sich nur etwas, wenn jedes Mitglied regen Anteil an der Bewegung nimmt und sein Teil beiträgt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Außenpolitik und Wirtschaftslage. — Festigung der wirtschaftlichen und finanziellen Staatsmacht. — Keine Selbsttäuschung. — Das österreichische Beispiel. — Rückwärtsbewegliche Devisentaktik der Reichsbank. — Das Versagen der Devisenordnung.

Die lange erwartete und ersehnte Reinigung der außenpolitischen Atmosphäre, die eine der wichtigsten Voraussetzungen der Gesundung der deutschen Wirtschaft ist und die mit dem deutschen Reparationsangebot erneut angestrebt wurde, ist durch die Antwort der Ententestaaten nun wieder für eine Weile vertagt. Nach der bewußt brüsken und nur außerordentlich wenig Spielraum für Verhandlungsmöglichkeiten lassenden Erwiderung Frankreichs haben die beiden Noten Englands und Italiens den Weg, der zu Verhandlungen führen kann, klarer umschrieben; aber darüber kann es keinen Zweifel geben: trotz der fraglos vorliegenden Entspannung der internationalen Lage stehen wir erst recht wieder am Anfang des ganzen Problems, dessen Lösung nun schon seit vier Jahren mit vielem Aufgebot von Kraft und einem geringeren an wirtschaftlicher Einsicht betrieben worden ist. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an die ganze Tragweite des Problems erkannt, als sie nach dem Scheitern der gutgemeinten, von den bürgerlichen Parteien und der Entente wirkungslos gemachten Finanzreform Erzbergers den Eingriff **in die Vermögenssubstanz** des deutschen Volkes forderte, der jetzt sogar von maßgebenden Führern der Industrieellenpartei als notwendig anerkannt wird. Wäre vor zwei Jahren der ernsthafte Versuch einer Erfassung des Sachbesitzes gemacht worden, wir wären, selbst, wenn er nach den Prophezeiungen der Gegner fehlgeschlagen wäre, mindestens in einem Punkte weiter, als wir heute sind, nämlich in der so sehr umstrittenen und bisher ausschließlich zum Nachteil der deutschen Arbeiterschaft und des enteigneten Kleinrentnerstandes immer wieder hinausgeschobenen Frage, wie weit die deutsche Zahlungsfähigkeit denn nun wirklich geht und welche Hilfsmittel des Kredites tatsächlich zur Verfügung stehen. Damals hatte man davor Angst, daß die Entente die Hand auf deutsches Nationalvermögen legen könnte. Heute hat sie die Hand auf das Ruhrgebiet gelegt, und erst dieser Gewaltakt hat in den Köpfen rechtsstehender Politiker die Erkenntnis geweckt, daß die Freiheit deutschen Landes und deutscher Produktionsmittel schon ein Opfer des Besitzes wert ist.

Man hat sich eben wieder von den Ereignissen belehren lassen müssen, die eine weitschauende Wirtschafts- und Finanzpolitik hätte voraussehen müssen. In der Tat steht heute die Frage, wie wir durch ein weitergehendes finanzielles Angebot mit ausreichenden Garantien für die Zahlungen die Voraussetzungen für eine Aussprache, zum mindesten mit England und Italien, schaffen und allen Propagandamanövern der Gegner zum Trotz die Welt davon **überzeugen**, daß nicht Deutschland es ist, daß einer vernünftigen Regelung der Reparationen aus Eigensucht seiner besitzenden Kreise widerstrebt. Die **Festigung der wirtschaftlichen und finanziellen Macht des Staates** ist die wichtigste Vorbedingung dazu. Ganz ohne Rücksicht darauf, ob der Ertrag derartiger Maßnahmen dazu ausreichen wird und soll, schon in der allernächsten Zeit Reparationen in nennenswerter Höhe zu leisten, muß das Gleichgewicht im Reichshaushalt mit aller Kraft angestrebt werden, müssen die Fehler wieder gutgemacht werden, die dadurch entstanden sind, daß man auch den Kampf um das Ruhrgebiet nur durch Schulden zu finanzieren unternommen hat. Man ist eben wieder im Begriff, sich schweren Täuschungen über unsere finanzielle Lage hinzugeben, weil die Schuldenflut nicht mehr ganz so schnell steigt wie in den vorangegangenen Monaten, und weil in einigen Wochenausweisen der Reichsbank die Zunahme der Banknoten nicht so drastisch in Erscheinung getreten ist, wie es gewohnheitsmäßige Pessimisten erwarten mußten. Folgende Zahlen, auf eine Tabelle gebracht, scheinen diese Auffassung zu stützen:

	Anwachsen der schwebenden Reichsschuld (um Billionen Mark)	Tägliche Steuereingänge (in Milliarden Mark)
Januar	0,6	5
Februar	1	10
März	3,6	10
April	4,4	15—20

[illegible] mit einem Steuereingang von 50 bis 100 Milliarden Mark gerechnet. Wie wenig aber selbst dieser Betrag ausreichen würde, um das Reich von seiner Schuldenwirtschaft zu entlasten, dafür genügt der Hinweis auf die Tatsache, daß das Reich sich soeben hat die Ermächtigung erteilen lassen, **bis zu 15 Billionen Mark Schatzwechsel** auszugeben. Es kommt hinzu, daß die hohen Steuereingänge des April und Mai weit entfernt davon sind, Regel zu sein, sondern vielmehr eine **Ausnahme** darstellen, da ja in diesen Monaten die wenigen großen Steuern auf Einkommen für das letzte Jahr fällig werden. Auch die Tatsache, daß die Reichsbank in der ersten Woche des Monats Mai weniger Noten ausgegeben hat, als sie es in früheren Wochen getan hat — 177,1 Milliarden gegen mehr als eine halbe Billion in mehreren vorangegangenen Wochen — kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Inflation noch immer anhält. Die steigenden Warenpreise und die damit notwendig werdenden Lohnerhöhungen werden den Bedarf an Zahlungsmitteln sehr bald in die Höhe treiben, da die Aussicht, den Dollar wesentlich unter 40 000 zu stabilisieren, neuerdings sich wieder sehr verringert hat. Ueberdies wird der höhere Stand des Dollars, den wir jetzt wieder zu verzeichnen haben, auch den Finanzbedarf des Reiches, nicht so sehr aber die Reichseinnahmen erhöhen, so daß auch hierin eine neue Belastung des Reichssäckels unmittelbar bevorsteht.

Ein sehr wichtiger, mir werter Gedanke. — In der Regel glaubt man, daß die Moral, wie eine Blume, aus der Kultur hervorwachse. Genau das Umgekehrte ist der Fall: die Kultur entwickelt sich nur dann, wenn keine Religion und deshalb auch keine Moral vorhanden ist (Griechenland, Rom, Moskau). Sie ist etwas in der Art eines buschigen Baumes, von dem der unwissende Gärtner reichliche Früchte erwartet, weil er so üppige Zweige hat. Im Gegenteil, die vielen üppigen Zweige sind da, weil es keine Frucht gibt und geben wird. Oder es ist wie bei einer unfruchtbaren Kuh.

Gegen alle diese Hemmungen, die Finanzkraft des Reiches zu stärken, ist sicherlich keine leichte Aufgabe, besonders so lange nicht, als die bürgerliche Reichstagsmehrheit, trotz einiger rhetorischer Zugeständnisse ihrer prominenten Führer, die niemals ausgesprochene, dafür aber um so festere **Einheitsfront** gegen die **Besitzbesteuerung** bildet, solange insbesondere die Regierungsparteien darauf verzichten zu können glauben, dem Reiche ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Und doch wird sich ihr angesichts des wachsenden äußeren Druckes kein verantwortlicher Politiker entziehen können. Denn ohne den ernsten Willen, hier Ordnung zu schaffen, wird es nicht nur nicht möglich sein, glaubhafte, weitergehende Angebote an die Entente zu machen, auch die Wiederherstellung des internationalen Kredites, dessen Deutschland bei seiner endgültigen Lösung des Reparationsproblems auf das dringendste bedarf, ist ohne eine Sanierung der Finanzen nicht denkbar. Die Spuren Oesterreichs schrecken. Dort hat der verwahrloste Zustand der Finanzen zur Folge gehabt, daß die Entente um so schärfere Eingriffe in die Finanzhoheit des Landes vornahm. Gerade, wenn man das Gleiche von Deutschland abwenden will, ist die **Erfassung der Sachwerte** jetzt eine gebieterische Notwendigkeit — nicht nur im Interesse des Reparationsproblems, sondern zur Erhaltung von Ruhr und Rhein bei Deutschland und zur Abwendung größerer Gefahren in ferner Zukunft.

Wie bereits erwähnt, hat die neue **Dollarhausse**, die den Dollar an der Berliner Börse am Montag bis auf 48 000 hinauftrieb, die Lage aufs neue erschwert. Die Reichsbank, die ihre erste Niederlage bei der Stützungsaktion am 18. April dadurch zu bemänteln suchte, daß sie öffentlich verkünden ließ, sie gehe nur zu einer neuen, beweglicheren Taktik über, hat bisher nur eine **rückwärtsbewegliche** Taktik verfolgt. Die Mark ist annähernd auf den gleichen Tiefstand gesunken, den sie vor Beginn der Stützungsaktion am 31. Januar innegehabt hatte. Die neue Devisenordnung, die mittlerweile in Kraft getreten ist, hat auf die Spekulation nicht den geringsten Eindruck gemacht. Das war vorauszusehen und wurde vorausgesehen. Mit derartigen Halbheiten wird der Devisenmarkt nicht zu beherrschen sein. Damit ist noch nicht gesagt, daß es nicht möglich ist, wenigstens zeitweilig durch die **Kontrolle des Handels**, die in der Verordnung vorgesehen ist, einen Druck auf die Spekulation und [illegible] Dann aber müßte freilich energisch vorgegangen werden. Zur [illegible] daß die Reichsbank zeitweilig den Dollarkurs mit der politischen Absicht zu drücken sucht, Lohnbewegungen hintanzuhalten, sind so sehr überdies gegen eine derartige Politik protestiert werden muß, solange man den Besitz nicht ebenfalls anpackt — weitergehende Schlüsse auf die Entwickelung der Mark nicht zu ziehen. Von der derzeitigen Reichsbankleitung, die bisher schon immer die Interessen der Privatindustrie geschont hat und erst ein einziges Mal auch nur starke Worte dafür aufgebracht hat, um die Treiberei gegen die Mark zu kennzeichnen, sind freilich Taten nicht zu erwarten. Nicht einmal die notwendige Erhöhung des Reichsbankdiskonts erfolgt, und so kommt es, daß die Reichsbank noch immer diejenige Bank ist, die die billigsten Kredite vergibt.

Inzwischen pendelt der Dollar mit seiner ausgesprochenen Neigung nach oben noch immer hin und her, die Not der Massen wächst mit der fortschreitenden Teuerung. Die Belebung des Geschäftsganges der Industrie, die von der neuen Verschlechterung der Mark erwartet wurde, ist nur teilweise eingetreten. Die Schwerindustrie aber schwört weiter auf ihr altes Rezept, die steigenden Devisenkurse, die den Sachbesitzern steigende Gewinne, den besitzlosen Massen weitere Verelendung bedeuten.

Ermäßigung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn.

Von Heinrich Feldmann, Neuhaldensleben.

Den Bemühungen der sozialdemokratischen Mitglieder im Steuerausschuß des Reichstages ist es gelungen, eine weitere Ermäßigung des Steuerabzuges für die Lohnsteuer zu erreichen.

Ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei verlangte eine „Erhöhung der Ermäßigungsbeträge" für den Steuerpflichtigen, seine Familienmitglieder und für Werbungskosten. Genosse Hertz führte an Hand von Zahlen dem Steuerausschuß das jetzige Steuerunrecht vor Augen. In der Zeit vom 1. April 1922 bis zur gleichen Zeit 1923 sind von 533 Milliarden Mark Einkommensteuer allein 464 Milliarden, also fast 90 Prozent durch Lohnabzug aufgebracht worden. Diesen Tatsachen konnte sich der Steuerausschuß nicht verschließen und wurde daher der sozialdemokratische Antrag angenommen. Dieser besagt, daß ab 1. Juni 1923 die Ermäßigungsbeträge bei der Einkommensteuer für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und seinen Kindern, oder denen gleichgestellte Familienangehörige um je 100 Proz., und der Betrag für Werbungskosten um 850 Proz. erhöht werden. Der Reichsrat, dessen Zustimmung zu der Aenderung ebenfalls notwendig ist, konnte sich nicht dazu aufschwingen, dem Beschluß des Steuerausschusses seine Zustimmung zu geben. Im Reichsrat wurde beschlossen, folgende Erhöhung der Ermäßigungsbeträge ab 1. Juni eintreten zu lassen:

Für den Steuerpflichtigen und seiner Ehefrau um je 50 Prozent; für die minderjährigen Kinder um 100 Proz. und für Werbungskosten 150 Proz.

Ab 1. Juni gilt daher folgende Rechtslage: Jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger muß von seinem Einkommen, ganz gleich, wie hoch dieses ist, 10 v. H. als Steuer zahlen. Dieser zehnprozentige Steuerabzug ermäßigt sich ab 1. Juni 1923 wie folgt:

Für den Steuerpflichtigen und seiner zum Haushalt zählenden Ehefrau:

a)	bei monatlicher Zahlung	1200 Mk.
b)	bei wöchentlicher Zahlung	288 „
c)	bei täglicher Zahlung	48 „
d)	bei zweistündiger Zahlung	12 „

Für jedes minderjährige Kind oder Familienmitglied, zu deren Unterhaltung der Steuerzahler verpflichtet ist:

a)	bei monatlicher Zahlung	8000 Mk.
b)	bei wöchentlicher Zahlung	1920 „
c)	bei täglicher Zahlung	320 „
d)	bei zweistündiger Zahlung	80 „

Als Werbungskosten:

a)	monatlich	10 000 Mk.
b)	wöchentlich	2 700 „
c)	täglich	400 „
d)	für zwei angefangene Stunden	100 „

Die Ermäßigung für einen mittellosen Angehörigen tritt nur dann ein, wenn diese auf der Steuerkarte eingetragen ist. Ein diesbezüglicher Antrag ist beim zuständigen Finanzamt unter Beifügung der Steuerkarte einzureichen. Nach dieser

Das Gleichnis vom Wasserbecken.*)

Von Edward Bellamy.

Es war einmal ein gewisses, dürres Land, und die Bewohner litten großen Wassermangel. Von morgens bis in die Nacht hinein suchten sie fort und fort nach Wasser, und manche kamen um, weil sie keines finden konnten.

Nun lebten aber einige Männer in dem Lande, die hatten sich Vorräte von Wasser gesammelt, während die anderen keines finden konnten, und diese Männer wurden Kapitalisten genannt. Es trug sich aber zu, daß die Leute dieses Landes vor die Kapitalisten traten und baten, sie möchten ihnen von dem Wasser geben, das sie gesammelt hätten, auf daß sie tränken, denn ihre Not sei groß. Die Kapitalisten aber antworteten ihnen und sprachen: „Hebt euch fort, ihr Toren! Warum sollten wir euch von dem Wasser geben, das wir gesammelt haben; würde es uns denn nicht gehen, wie es euch ergeht, und wir müßten mit euch umkommen! Aber sehet, was wir für euch tun wollen: Werdet unsere Knechte, so sollt ihr Wasser haben."

Und die Leute sagten: „Gebt uns nur zu trinken, so wollen wir eure Knechte sein, wir und unsere Kinder." Und so geschah es.

Nun waren die Kapitalisten aber Männer von Verstand und Weise in ihrer Art. Sie bildeten die Leute, die ihre Knechte geworden waren, mit Anführern und Hauptleuten. Einige stellten sie an die Quelle zum Schöpfen; andere ließen sie das Wasser tragen; noch andere schickten sie aus, um nach neuen Quellen zu suchen. Alles Wasser aber wurde an einen Ort zusammengebracht, und daselbst ließen die Kapitalisten ein großes Becken machen, um das Wasser aufzunehmen. Das Becken aber wurde „der Markt" genannt, denn dort war es, wo das Volk zusammen den Dienern der Kapitalisten hinkam, Wasser zu holen. Und die Kapitalisten sprachen zu dem Volke:

„Sehet, für jeden Eimer Wasser, welchen ihr bringet, daß wir ihn in das Becken gießen, das der „Markt" ist, wollen wir euch einen Pfennig geben; aber für jeden Eimer, den wir herausziehen und ihn euch geben, daß ihr davon trinken möget, ihr und eure Weiber und Kinder, sollt ihr uns zwei Pfennige geben. Der Unterschied aber soll unser Gewinn sein; denn wenn es nicht um dieses Gewinnes halber wäre, so täten wir die Sache nicht für euch; ihr aber müßtet alle umkommen."

Was sie sagten, schien recht und gut in der Leute Augen, denn sie waren schwach von Verstand. Und viele Tage brachten sie fleißig Wasser in das Becken. Für jeden Eimer, den sie brachten, gaben die Kapitalisten einem jeden Mann einen Pfennig, aber für jeden Eimer, den die Kapitalisten heraufzogen aus dem Becken, um denselben dem Volke wiederzugeben, gab das Volk den Kapitalisten zwei Pfennige, ein jeglicher Mann.

Nach vielen Tagen floß das Wasserbecken, welches „der Markt" war, oben am Rande über, weil die Leute für jeden Eimer, den sie eingossen, nur soviel bekamen, daß sie einen halben Eimer zurückkaufen konnten. Wegen des Wassers, das von jedem Eimer drinnen blieb, floß das Becken über, denn der Leute waren viele, aber der Kapitalisten waren wenige, und sie konnten doch nicht mehr trinken als andere. Daher floß das Wasserbecken über.

Als nun die Kapitalisten sahen, daß das Wasser überfloß, sprachen sie zu dem Volke:

„Sehet ihr denn nicht, wie das Becken, welches der Markt ist, überfließt? Deshalb setzet euch nun nieder und wartet geduldig. Nicht eher sollet ihr uns wieder Wasser bringen, bis das Becken leer ist."

Als nun aber die Leute von den Kapitalisten nicht mehr die Pfennige bekamen für das Wasser, das sie brachten, konnten sie kein Wasser mehr von den Kapitalisten kaufen; denn sie hatten nichts, um damit zu kaufen. Da die Kapitalisten sahen, daß sie keinen Gewinn mehr hatten, weil niemand mehr Wasser von ihnen kaufte, wurden sie unruhig in ihrem Gemüt. Und sie sandten Männer auf die Heerstraßen, auf die Landwege und an die Hecken, die da riefen:

„Wenn jemand dürstet, so komme er zu dem Wasserbecken und kaufe Wasser von uns, denn es fließt über." Und sie sprachen miteinander: „Siehe, die Zeiten sind schlecht; wir müssen das Wasser öffentlich ankündigen."

Das Volk aber antwortete und sprach:

„Wie können wir kaufen, wenn ihr uns nicht dinget; woher sollen wir sonst etwas nehmen, um damit zu kaufen? Dingt uns deshalb wie zuvor, so werden wir gerne Wasser kaufen, denn wir dürsten, und ihr habt dann nicht nötig, es öffentlich zu verkündigen." Die Kapitalisten aber sprachen zu dem Volke: „Sollen wir euch dingen, Wasser zu tragen, wenn das Becken, welches der Markt ist, doch schon überfließt? Deshalb kaufet erst Wasser, wenn dann das Becken durch euer Kaufen leer ist, alsdann wollen wir euch wieder dingen."

So geschah es, daß, weil die Kapitalisten die Leute nicht mehr anstellten, das Wasser zu holen, diese das Wasser nicht kaufen konnten, welches sie schon gebracht hatten — und weil die Leute das Wasser nicht kaufen konnten, das sie schon gebracht hatten, dingeten die Kapitalisten sie nicht mehr zum Wasserholen. Und überall ging die Rede: „Es ist eine Krisis."

Der Durst der Leute aber war groß. Jetzt lag das Land nicht mehr offen vor ihnen, wie zu ihrer Väter Zeiten, so daß ein jeder selbst Wasser für sich suchen konnte, denn die Kapitalisten hatten alle Quellen und alle Brunnen samt den Wasserrädern und Wasserbehältern an sich gebracht, so daß kein Mensch zu Wasser kommen konnte, als aus dem Becken, das der Markt war. Und die Leute murrten gegen die Kapitalisten und sprachen:

„Siehe, das Becken läuft über, und wir sterben vor Durst. Gebt uns daher von dem Wasser, auf daß wir nicht umkommen."

Die Kapitalisten aber antworteten:

„Nicht also, das Wasser ist unser. Ihr werdet nicht davon trinken, so ihr es nicht von uns kaufet mit euren Pfennigen." Und sie bekräftigten es mit einem Eide nach ihrer Art und sprachen: „Geschäft ist Geschäft."

Aber die Kapitalisten waren unruhig in ihrem Sinne, daß das Volk kein Wasser mehr kaufte, wodurch sie jeglichen Gewinnes entbehrten, und sie verhandelten untereinander und sprachen: „Es scheint, daß unser Gewinn unserem Gewinn Einhalt getan hat. Um des Gewinnes willen, den wir gehabt haben, können wir nichts mehr gewinnen. Wie geht es denn zu, daß unser Gewinn nicht mehr gewinnbringend für uns ist und uns arm macht? Lasset uns doch zu den Wahrsagern schicken, daß sie uns diese Sache erklären." Und sie sandten nach ihnen.

Die Wahrsager aber waren gelehrte Männer, wohl bewandert in dunklen Sprüchen und den Kapitalisten willfährig, wegen des Wassers der Kapitalisten, daß sie davon nehmen und leben könnten, sie und ihre Kinder. Und sie sprachen anstatt der Kapitalisten vor dem Volke und richteten ihre Botschaften aus, denn die Kapitalisten waren nicht Leute von schnellem Verständnis, noch gewandt in der Rede.

Die Kapitalisten verlangten von den Wahrsagern, daß sie ihnen die Sache erklären sollten, damit sie wüßten, woher es käme, daß das Volk kein Wasser mehr von ihnen kaufe, da doch das Becken voll sei. Und einige von den Wahrsagern antworteten und sagten: „Der Grund ist die Ueberproduktion," und einige sagten: „Es liegt an der Ueberfüllung," aber beide Wörter bedeuten dasselbe. Andere aber sprachen: „Nein, sondern die Sonnenflecken sind schuld an der Sache." Und noch andere antworteten und sagten: „Weder durch Ueberfüllung noch durch die Flecken in der Sonne ist dieses Uebel entstanden, sondern wegen des Mangels an Vertrauen."

Während nun die Wahrsager untereinander stritten, nach ihrer Weise, schlummerten und schliefen die Gewinnsuchenden, und als sie erwachten, sprachen sie zu den Wahrsagern: „Jetzt ist es genug. Ihr habt tröstlich mit uns gesprochen — gehet nun hin und redet auch tröstlich zu dem Volke, daß es mag zur Ruhe kommen und auch uns in Frieden lasse."

Aber die Wahrsager hatten kein Verlangen, hinauszugehen zu dem Volke; sie fürchtete, es möchte sie wohl gar steinigen, denn das Volk liebte sie nicht. Und sie sagten zu den Kapitalisten:

„Ihr Herren, es ist ein Geheimnis unserer Kunst, daß den Leuten, die satt sind und nicht dürsten, sondern ihr Behagen haben, unsere Rede wohlgefällt, wie euch soeben. Wenn sie aber durstig sind und ihr Magen leer ist, so finden sie kein Gefallen daran, und sie verhöhnen uns, denn es scheint, daß, wenn ein Mann nicht satt ist, ihm unsere Weisheit ganz hohl und leer vorkommt."

(Schluß folgt.)

*) Aus „Gleichheit". Aus dem Amerikanischen übersetzt von M. Jacobi, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. „Gleichheit" ist die Fortsetzung des utopistischen Romans: „Ein Rückblick", der Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts großes Aufsehen erregte. Bellamy hat seine beiden Romane nicht als wissenschaftlich durchgebildeter Sozialist geschrieben, sondern als Gefühlssozialist, der die sozialen Ungleichheiten, den Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung stark und echt empfindet, viel nachgedacht und gelesen hat.

Steuerzahlung sind folgende Verdienste für die jeweils angegebene Lohn- oder Gehaltsperiode steuerfrei. Wer höheres Einkommen hat, muß den, diese Beträge übersteigenden Teil mit 10 Proz. versteuern.

	Monatlich	Wöchentlich	Täglich
Unverheirateten oder verwitweten Arbeitern ohne Kinder . . .	112 000	26 880	4 480
Verheirateten ohne Kinder . . .	124 000	29 760	4 960
Unverheirateten oder Verwitweten mit 1 Kind od. mittellosen Angeh.	192 000	46 080	7 680
Verheirateten mit 1 Kind oder mittellosen Angehörigen	204 000	48 960	8 160
Ledigen oder Verwitweten mit 2 Kindern od. mittell. Angehörigen	272 000	65 280	10 880
Verheirateten mit 2 Kindern oder mittellosen Angehörigen . . .	284 000	68 160	11 360
Ledigen oder Verwitweten mit 3 Kindern od. mittell. Angehörigen	352 000	84 480	14 080
Verheirateten mit 3 Kindern oder mittellosen Angehörigen . . .	364 000	87 360	14 560
Ledigen oder Verwitweten mit 4 Kindern od. mittell. Angehörigen	432 000	103 680	17 280
Verheirateten mit 4 Kindern oder mittellosen Angehörigen . . .	444 000	106 560	17 760

An Hand dieser Tabelle kann jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger sofort nachprüfen, ob und wieviel Steuer er zahlen muß. Hat z. B. ein Witwer oder eine Witwe mit zwei Kindern einen Wochenverdienst von weniger als 65 280 Mk., dann dürfen keine Steuern abgezogen werden. Ist der Verdienst höher, dann darf nur der Teil mit vollen 10 Proz. Steuern berechnet werden, welcher 65 280 Mk. übersteigt. Ein Gehaltsempfänger, verheiratet, mit drei Kindern, kann im Monat 364 000 Mk. verdienen, ohne daß er Steuern zahlen braucht.

Für Kriegsbeschädigte tritt noch eine weitere Ermäßigung des Steuerabzuges ein. Der Reichsfinanzminister hat den Finanzämtern Anweisung gegeben, daß für Kriegsbeschädigte auf Antrag der Ermäßigungsbetrag für Werbungskosten um soviel Prozent erhöht werden soll, wie der Grad seiner Erwerbsbeschränktheit. Wenn z. B. ein Kriegsbeschädigter 50 Proz. erwerbsunfähig ist, dann würde auf Antrag eine Erhöhung der Werbungskosten, welche im Monat 10 000 Mk. betragen, um 50 Proz., also um 5000 Mk. eintreten, so daß der Kriegsbeschädigte für Werbungskosten monatlich den Betrag von 15 000 Mk. in Abzug bringen kann.

Diesbezügliche Anträge sind **unter Beifügung des Steuerbuches und des Rentenbescheides an das zuständige Finanzamt zu richten.**

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Berichte der Landesämter konstatieren für die erste Maiwoche eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes. Wohl hat sich die Krise in einigen Bezirken und Industriezweigen weiter verschärft, jedoch wurde überwiegend ein geringes Ansteigen des Beschäftigungsgrades gemeldet. Leider lassen sich zahlenmäßige Unterlagen hierfür noch nicht prüfen. Es scheint, als ob der fortschreitende Währungszerfall einigen Industrien erneut Aufträge zuführte; andererseits nahm die Landwirtschaft Arbeitsuchende auf. Ob die gemeldeten Besserungen Symptome eines eintretenden Umschwungs sind oder nur Zufälligkeiten entspringen, läßt sich erst feststellen, wenn konkrete Zahlen vorliegen. Leider muß befürchtet werden, daß sich der Arbeitsmarkt noch weiter verschlechtert. Die für Ende März vorliegenden Zahlen zeigen ein weiteres Ansteigen der Krise. Von rund 6 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, über die 41 Gewerkschaften berichteten, waren zusammen 340 711 am Stichtage arbeitslos (232 733 männliche, 107 978 weibliche), das sind 5,7 gegen 5,5 v. H. im Vormonat. Damit sind die Höhenmarken der Nachkriegskrisen bereits fast erreicht (6,6 und 6,0 v. H.). Aber es muß beachtet werden, daß die Krise mehr als durch die Zahl der Vollerwerbslosen durch die Zahl der **Kurzarbeiter** in Erscheinung tritt. Nur 36 Verbände mit 5 117 661 Mitgliedern berichteten über den Umfang der Kurzarbeit. Sie zählten Ende März 1 237 356 Kurzarbeiter, d. h. 24,2 v. H. oder rund der vierte Teil aller in Beschäftigung stehenden Arbeiter arbeitete verkürzt. Rund 255 000 Arbeiter hatten einen Ausfall von 1 bis 8 Stunden wöchentlich, 352 000 einen solchen von 9 bis 16 Stunden, rund 500 000 von 17 bis 24 Stunden und 134 000 arbeiteten nur 24 oder weniger Stunden wöchentlich. Die Zahl der durch die **Erwerbslosenfürsorge** Unterstützten betrug im März 224 808 Personen (davon 33 900 weibliche) mit 276 000 Angehörigen, für die Zuschlagunterstützung bezahlt wurde. Außerdem erhielten 110 000 Kurzarbeiter die Kurzarbeiterunterstützung. Der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung betrug im März etwas über 11½ Milliarde Mark gegen 5½ Milliarde Mark im Februar. — Zuverlässige Zahlen über den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit gibt es leider nicht. Rechnet man, daß die Gewerkschaften über rund 6 Millionen Mitglieder berichten (einige Gewerkschaften, z. B. Bergarbeiter, Eisenbahner, Landarbeiter, Zimmerer berichten nicht), während in Deutschland etwa 12 Millionen Industriearbeiter in Frage kommen, wird man, um den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit zu erfassen, die Zahl der von den Gewerkschaften gemeldeten Vollarbeitslosen und Kurzarbeiter etwa verdoppeln müssen, so daß angenommen werden muß, daß fast 700 000 Personen in Deutschland völlig erwerbslos sind, während die Zahl der Kurzarbeiter 2½ Million erreichen dürfte. Wie stark die Kurzarbeit die Krise in einzelnen Berufen widerspiegelt, mögen einige Zahlen beweisen: Der Metallarbeiterverband meldet 20,9 v. H. seiner Mitglieder als Kurzarbeiter, Fabrikarbeiter 20,2 v. H., Textilarbeiter 52,7 vom Hundert, Holzarbeiter 16,0 v. H., Bekleidungsarbeiter 42,4 v. H., Tabakarbeiter 40,7 v. H., Schuhmacher gar 66,9 v. H.

Die **Vollerwerbslosigkeit** zeigt in den **einzelnen Berufen** gegen Ende Februar einige Verschiebungen. Das Baugewerbe hat sich von 16,7 v. H. vollerwerbsloser Mitglieder auf 13,5 vom Hundert gebessert, wobei die Dachdecker mit 33,8 v. H. unverändert die am meisten leidende Gruppe blieben. Gebessert hat sich auch die Gärtnerei entsprechend der Saison von 8,5 auf 3,2 v. H. Eine geringe Besserung zeigt das Spinnstoffgewerbe mit 3,9 gegen 4,7 v. H., während in dieser Industrie die Kurzarbeit stark anzog (52,7 gegen 43,8 v. H.). Alle anderen Industriegruppen zeigen Ende März weitere Verschlechterung. Am stärksten leiden die Tabakarbeiter mit 37,3 v. H. Vollerwerbsloser, Hutarbeiter 15,2 v. H., Buchdrucker 11,3 v. H.

Ein Protest gegen den Mord in Essen.

Im Namen der Internationalen Föderation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe ist dem französischen Ministerpräsidenten folgende Depesche gesandt worden:

M. Poincaré, Premierminister, Paris.

Im Namen von 500 000 in öffentlichen Diensten und Betrieben beschäftigten Arbeitern Englands, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Schweiz und Skandinaviens protestieren wir aufs kräftigste gegen den von französischen Soldaten an friedsamen deutschen Arbeitern in Essen verübten Massenmord.

Internationale Föderation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe.
gez.: R. van Hinte, Sekretär.

Ausrüstung für Erwerbslose.

Nach einer Verordnung des Arbeitsministeriums soll künftig Erwerbslosen, die eine sich bietende Arbeitsgelegenheit nicht ausnützen können, weil ihnen die erforderliche Ausrüstung, insbesondere entsprechende Arbeitskleidung fehlt, solche Ausrüstung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge vorgestreckt werden können. Voraussetzung ist, daß dem bisher unterstützten Erwerbslosen dann Arbeit von voraussichtlich mindestens sechs Wochen Dauer nachgewiesen werden kann. Die Hingabe der Ausrüstung geschieht darlehnsweise, entweder der Gegenstände selbst oder des benötigten Geldes. In Fällen besonderen Bedürfnisses kann jedoch die Gemeinde auf Rückerstattung verzichten, und zwar bis zu einem Betrage, der den zwölffachen Betrag des täglichen Unterstützungssatzes nicht übersteigt. Diese Neuregelung ist lebhaft zu begrüßen, denn oft war, zumal bei Notstandsarbeiten, Erwerbslosen die Arbeitsaufnahme nicht möglich, weil die entsprechende Arbeitskleidung fehlte.

Allgemein verbindlich erklärt.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 6 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 („Reichsgesetzblatt" S. 67) für allgemein verbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
   a) auf Arbeitgeberseite:
      Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie;
   b) auf Arbeitnehmerseite:
      I. Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands,
      Verband der deutschen Gewerkvereine,
      Deutscher Metallarbeiterverband,
      Zentralverband der Maschinisten und Heizer,
      Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands,
      Deutscher Verkehrsbund;
      II. Berufsverband Deutscher Keramarbeiter.

2. Abgeschlossen am 4. Mai 1923. Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrag vom 8. Oktober 1922.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingutgeschirr- und Steingutsplitwarenindustrie, mit Ausnahme der Betriebe der dem Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme der Steingutfabrik Witteburg, A.-G., in Farge. Die Ausdehnung auf diese bleibt vorbehalten.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 29. April 1923.

Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni ist der 21. Beitrag fällig.

Von der Keramindustrie.

Exportunternehmen. Die Niedersachsenwerke, A.-G., in Lamspringe hielten es für angebracht, in Hamburg unter den Namen Niedersachsenwerke, G. m. b. H., ein Unternehmen mit einem Stammkapital von 1 Million Mark zwecks Exports der eigenen Erzeugnisse zu gründen.

Goldmarkdividende. Die Porzellanfabrik Tielsch & Co. in Altwasser beantragt, eine Dividende von ½ Proz. in Goldmark (500 Proz. in Papiermark) zu verteilen. Sämtliche Anlagen sind abgeschrieben, heißt es in der Zeitungsnotiz weiter. Die Reserven werden um viele Millionen erhöht. Der Generalversammlung soll eine Kapitalserhöhung vorgeschlagen werden, die wahrscheinlich zur Verwässerung dienen wird.

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Wie schon in Nr. 20 der „Ameise" mitgeteilt wurde, ist der Streik der Apothekerstandgefäßmaler beendet worden. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„1. Der bestehende Manteltarif wird mit Ausnahme des Absatzes „Urlaub" in der bisher bestandenen Form bis 1. Mai 1924 verlängert, unter Beibehaltung der bisherigen Kündigungsfrist.

2. Die Regelung des Urlaubs erfolgt nach den hierfür vorgesehenen Abmachungen im Reichsmanteltarif der feinkeramischen Industrie.

3. Für angeordnete Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. auf die bestehenden Tariflöhne gezahlt.

4. Für einzelne Gefäße bis 5 Stück wird ein Zuschlag zum Grundlohn von 5 Pf. gezahlt, sofern es sich nicht um geschlossene Aufträge, wie Einrichtungen usw., handelt.

5. Der Multiplikator wird ab 11. Mai 1923 auf 1300 festgesetzt **und erhöht sich für die Folge um den jeweils von der feinkeramischen Industrie beschlossenen prozentualen Zuschlag.**

6. Für die Zeit vom 13. April 1923 bis Beginn des Streiks werden 10 Proz. als Nachzahlung auf die Effektivlöhne nachgezahlt.

7. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung; Maßregelungen finden nicht statt."

Bückeburg. In den Fürst-Adolf-Werkstätten in Bückeburg in Westfalen, in denen ein Hofrat Werner und ein Betriebsleiter Schlichting sich bemühen, für den verflossenen Fürsten von Schaumburg-Lippe Porzellan herzustellen, sind Differenzen ausgebrochen, und zwar deswegen, weil die Arbeiterschaft nicht willens ist, sich unter den Löhnen des Reichstarifs für die feinkeramische Industrie entlohnen zu lassen. In einer großmannssüchtigen Anwandlung hat die „Hofverwaltung" den Betrieb geschlossen und die Arbeiterschaft entlassen, ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen zu nehmen. Die fürstliche Firma will mit dieser Maßnahme einen Druck auf die Arbeiter ausüben. Sie hat fast sämtliche Arbeitsmöglichkeiten in Bückeburg in der Hand und will ihre wirtschaftliche Macht fühlen lassen, wie früher die fürstliche. Daß sie aber nicht einfach ihren dünkelhaften Eigenwillen behält, hat schon eine Instanz, nämlich der Schlichtungsausschuß, bewiesen; er hat zugunsten der Arbeitnehmer entschieden und die Firma zur Zahlung der Tariflöhne der feinkeramischen Industrie verurteilt. Weil so brutal und rücksichtslos von den „Fürstendienern" mit den Arbeitern und Arbeiterinnen, sicher nicht zu Ehren des ehemaligen gekrönten Hauptes, umgesprungen wird, sieht sich der Porzellanarbeiterverband veranlaßt, über den Betrieb (er nennt sich Kunstschule) die Sperre zu verhängen. Wir sind ja gespannt, in welchem Sinne die zuständigen Behörden entscheiden werden.

Emmerich. Bei der Firma **Joh. Breitenstein, Emmerich** Rhein, Emaillierwerk, stehen die Metallarbeiter (zirka 800) im Streik. Die Emaillemaler haben sich ebenfalls solidarisch erklärt. Da die Firma Maler auch in der „Ameise" suchte, ist Zuzug fernzuhalten, damit den dortigen Kollegen nicht in den Rücken gefallen wird. — Da die Redaktion der „Ameise" keinerlei Kenntnis von irgendwelchen Differenzen in Emmerich hatte, nahm sie anstandslos das Inserat auf. Um in Zukunft davor geschützt zu sein, tun die Zahlstellen gut, über jede schwebende Differenz dem Hauptvorstand oder der Redaktion Bericht zu erstatten.

Georgenthal. Bei der Firma C. & E. Carstens wird seit vier Wochen nur drei Tage in der Woche, neuerdings vier Tage gearbeitet. [illegible] die Betriebsleitung hartnäckig bemüht, noch Gießer und Maler einzustellen. So sehr auch die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt steht, etwaigen arbeitslosen Kollegen Arbeit zu gönnen, so muß es doch als eine direkte Provokation angesehen werden, wenn bei einer derartig arg beschnittenen Arbeitszeit noch Einstellungen vorgenommen werden. Das wird und kann sich die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen. Es wird deshalb allen Kollegen, welche vielleicht auf den Gedanken kommen, hier in Arbeit zu treten, im ureigensten Interesse geraten, sich vorher bei der Geschäftsführung der Zahlstelle Ehrbruf zu informieren. Ueberhaupt machen sich besonders in letzter Zeit mancherlei unhaltbare Zustände bemerkbar. Es wird in manchen recht wichtigen Angelegenheiten die Zusammenarbeit der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat vermißt, und somit das Betriebsrätegesetz umgangen.

Wir hoffen, daß diese paar Zeilen genügen werden, hierin Wandel zu schaffen, damit wir nicht genötigt sind, uns an dieser Stelle mit all diesen Dingen etwas ausführlicher zu befassen.

Plankenhammer. Die Belegschaft der Porzellanfabrik Plankenhammer steht im Streik. Zuzug ist strengstens fernzuhalten!

Rottlebrode. Am Südabhang des Harzes, 5 Kilometer von dem Harzstädtchen Stollberg entfernt, endigte bis vor kurzem die Zweigbahn Berga—Stollberg—Rottlebrode. Diesen sonst sehr stillen Ort Rottlebrode suchte sich der Maschinenfabrikant und Kriegsgewinnler Völte von Oschersleben aus, um seine Kriegsgewinne werbend in der Porzellanproduktion, deren Gewinne ihn jedenfalls sehr lockten, anzulegen. Eine alte Schwerspatmühle wurde zu einer Porzellanfabrik mit zwei Oefen umgebaut. Der in der Steingutbranche bekannte Betriebstechniker bezw. Betriebsleiter Weimann sollte den neuen Betrieb einrichten, hatte aber keine glückliche Hand. Ein im vorigen Jahre in Zwickau noch tätiger Dreher F. verstand es, der Nachfolger zu werden. Seine Praktiken sind jedoch derart unsolidarisch, daß die Zahlstellenversammlung dagegen Stellung nehmen mußte. Ob F. in der Lage ist, den verpfuschten Betrieb in Rottlebrode einzurichten, erscheint Fachleuten sehr zweifelhaft. Die zum Zwecke des Umbaues der Brennöfen erfolgte Stillegung des Betriebes bietet selbstverständlich für ihn die bestmöglichste Gelegenheit, sich auf Kosten der Firma als Scheibenmodelleur umzustellen und auszubilden. Vielleicht prüft aber Herr Völte einmal nach was ihm die Modelle des Fischer kosten und wieviel billiger er sie von anderwärts beziehen könnte.

Versammlungsberichte.

Fraureuth. Nichts wirkt niederdrückender auf die Verwaltung einer Zahlstelle, als die schlechtbesuchten Versammlungen. Es muß auf die Unternehmer einen erfreulichen Eindruck machen, wenn sich die Mitglieder so wenig um ihre eigene Sache kümmern. Die Entrüstung über das Lohnabkommen, die jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in sich trägt und bei anderen Gelegenheiten äußert, wirkt nicht, wenn sie nur von einem kleinen Teil der Zahlstelle zum Ausdruck gebracht wird. Die 10 Proz. auf die Märzlöhne sind gar nichts. Der Hauptvorstand wird aufgefordert, an der damaligen Forderung von 30 Proz. festzuhalten. Die 10 Proz. betrachten wir nur als Abschlagszahlung, denn in einem Zeitpunkt, in dem die Waren durchschnittlich 40 bis 50 Proz. gestiegen sind, können wir dieses Abkommen unmöglich als endgültig betrachten. — Der Hauptvorstand fordert in einem, dem Lohnabkommen beiliegenden Schreiben die Verwaltung auf, wöchentliche Berichte über den Stand der Preise, Kurzarbeiter usw. einzusenden. Da diese aber schon sowieso mit Arbeit überlastet ist und im Nebenamt auf die Dauer auch nimmer leisten kann, wird der Vorschlag gemacht, einen Geschäftsführer anzustellen. Dies soll in nächster Zeit geschehen, denn die hiesige Zahlstelle zählt bereits über 800 Mitglieder und dürfte, wenn der Neubau (Tunnelöfen) voll besetzt ist, auf etwa 1300 ansteigen. — Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1922 und 1. Quartal 1923 wurde verlesen. Der Vorsitzende erklärte, daß Bücher und Belege in bester Ordnung sind. Dem alten und neuen Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Die Beteiligung an der Maifeier hätte besser sein können. Anscheinend sind eine Anzahl Proletarier zu feige, ihre Gesinnung offen zu zeigen oder sie haben einen falschen Dünkel und schämen sich, Schulter an Schulter mit ihren Gesinnungsgenossen zu schreiten.

Mannheim. Am 12. Mai fand in Mannheim eine gutbesuchte Versammlung statt. Unter anderem wurde auch das Lohnabkommen vom 4. Mai behandelt. Alle Anwesenden waren empört über das Verhalten der Unternehmer bei den Lohnverhandlungen, die immer mehr den Hungerriemen ihrer Arbeiter enger ziehen und ihre Taschen füllen wollen. Alle Redner erklärten an Hand von gesammeltem Material, daß wir Porzellanarbeiter die schlechtbezahltesten Arbeiter in Mannheim sind. Alle in Mannheim und Ludwigshafen bestehenden Berufe haben bedeutend höhere Löhne als wir. So haben z. B. die Bauarbeiter zum 1. Mai eine Erhöhung ihrer Löhne um 300 Mk. pro Stunde zugebilligt erhalten und ab 15. Mai wiederum eine Erhöhung um weitere 100 Mk. In der Metallindustrie beträgt der Mindestlohn laut Schiedsspruch 2150 Mk. die Stunde. Das ist also weit über 300 Mk. mehr Stundenlohn als bei uns. Dabei geht es aber unseren Unternehmern nicht schlecht. Wir möchten allen Unternehmern raten, nur einmal 14 Tage lang mit uns die Rolle zu tauschen, damit sie einmal in ihrem Leben eine Ahnung von den Nöten und Leiden der Arbeiterschaft bekämen, die durch ihre harte Arbeit es der besitzenden Klasse möglich macht, ein annehmbares Leben zu führen und sich den Teufel darum bekümmern, wie es denen geht, die jeden Tag mehr ausgebeutet werden. Das war keine Lohnerhöhung, sondern eine Verhöhnung der Porzellanarbeiterschaft. Die Unternehmer können mehr bezahlen. Das Geschäft geht immer noch gut. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht gegeben hatte, wurde auf Antrag ein dritter Revisor gewählt. Genosse Broman gab den Kartellbericht. Er machte längere Ausführungen über die Besatzungszulage. Diese Angelegenheit soll vom Kartell aus in allernächsten Zeit erledigt werden. Sch.

Selb-Plößberg. Der Besuch unserer Monatsversammlung für Mai war über Erwarten gut. Zur Sprache kam dann die Maifeier. Die nahm einen würdigen Verlauf unter lebhafter Beteiligung der Arbeiterschaft. Nicht zu verstehen sind in dieser Hinsicht die freigewerkschaftlichen Angestellten. Sie begingen den 1. Mai durch Arbeitsruhe, aber von den Veranstaltungen, welche doch von rein gewerkschaftlichen Motiven getragen wurden, schlossen sie sich aus. Warum wohl? — Die anschließende Aussprache über das Lohnabkommen vom 4. Mai ergab folgendes Bild: Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Lohnabkommen, bedauert jedoch, daß der Erfolg in dieser Zeit steigender Teuerung für uns ein derartig geringer war. Gefordert wird ferner erneut und wiederholt mit Recht die Grenzzulage. Wurden doch auch die Staatsbeamten und -arbeiter in unserem Bezirk mit einer 26proz. Grenzzulage bedacht. In Zukunft werden dem Hauptvorstand über unsere wirtschaftliche Lage regelmäßig Informationsberichte zugesandt. — Den Kassenbericht gab unser Kassierer, Kollege Preßfreund, zur sichtlichen Befriedigung der Versammelten. Die Zahlen bewiesen, daß alles in guter Ordnung vorwärtsgeht; sie ließen aber auch ersehen, wieviel Arbeit ein solcher Posten in sich birgt. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 398 auf 421. — Von der Verwaltung wurde auf den Nutzen des Arbeitersekretariats hingewiesen. Es steht den Mitgliedern in allen gesetzlichen und gewerblichen Streitfällen mit Rat und Tat bei. — Die Personalvorstände werden aufgefordert, der Bücherkontrolle die größte Beachtung zu schenken und Unregelmäßigkeiten sofort zu melden. — Beschlossen

wird noch, endgültig dafür zu sorgen, daß Mitglieder fremder Zahlstellen, welche im hiesigen Betrieb arbeiten, sich unserer Verwaltung überweisen lassen, desgleichen Mitglieder fremder Verbände aufzufordern, ihren Uebertritt zu uns zu betätigen. In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende für den guten Besuch und ermahnte die Versammelten, nicht zu erlahmen, sondern getreu ihrer Pflicht nachzukommen.

Weißwasser. Die letzte Monatsversammlung wies trotz aller Aufforderungen wieder wie alle anderen einen schwachen Besuch auf. Nach Bekanntgabe des Lohnabkommens vom 29. April 1923 und dessen Erläuterung setzte eine lebhafte Debatte ein. Es wurden darüber Befremden geäußert. Folgende Resolution an den Hauptvorstand fand einstimmige Annahme: „Die am 9. Mai 1923 im Verbandslokal (Handreyk) tagende Zahlstellenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Schiedsspruch vom 17. April 1923, wodurch den Arbeitern das Recht zum Leben durch die Verweigerung einer Zulage noch mehr geschmälert wird. Entschieden wird auch Protest erhoben gegen das letzte Lohnabkommen vom 29. April 1923, da es ungenügend ist. Die Preise stehen jetzt höher wie im Februar, wo der Dollar fast auf 50 000 Mk. stand. Die Konjunktur kann nicht eingeschaltet werden, wo es um die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft geht, denn die Glasindustrie ist ja auch imstande, eine Nachzahlung von 10 Proz. ab 26. März 1923 zu tragen. Warum geht das bei uns nicht? Unsere Unternehmer haben sich doch nicht weniger wie die der Glasindustrie die Taschen gefüllt. Im Gegenteil. (Beweis: Die Berichte der „Ameise".) Darum fordern wir vom Hauptvorstand, dahin zu wirken, daß bei den kommenden Verhandlungen das Versäumte nachgeholt wird. Ebenfalls fordert die Versammlung, mit der Familienzulage aufzuräumen oder diese, den Verhältnissen entsprechend, zu erhöhen. Im übrigen verweisen wir den Hauptvorstand auf das Statut, § 1, wo es heißt: bessere Lebensbedingungen für die Mitglieder durchzusetzen. (Im § 1 heißt es nicht Hauptvorstand, sondern Verband, also alle Mitglieder sollen dafür Sorge tragen. D. R.) Auf die Verhandlungskommission setzen wir das Vertrauen, daß diese sich mit ganzer Kraft für obige Forderungen einsetzt." — Zum Kassenbericht wurde festgestellt, daß die Einnahme eine gute sei, trotz verschiedener Beitragsdrücker und bei fast Dreiviertelmehrheit weiblicher Mitglieder. Dem Kassierer wurde Dank ausgesprochen und von den Mitgliedern Entlastung erteilt. Der Delegierte vom Ortsausschuß gab den Bericht von der letzten Sitzung. Er führte aus, daß die Maifeier einen demonstrativen Eindruck hinterlassen habe, da die Beteiligung besser als im Vorjahre war. Das Gewerkschaftsfest ist auf dem 29. Juli festgelegt worden. Es wurde gewünscht, daß die Beteiligung noch besser sei. Unter „Verschiedenes" wurden 5000 Mk. für die hiesige Gewerkschaftsbücherei bewilligt. Die Abrechnung von einem stattgefundenen Vergnügen ergab einen guten Ueberschuß, der zum Teil an kranke Kollegen verteilt werden soll; ebenfalls soll eine Sammelliste in Umlauf kommen. Darauf wurde die Maifeier nochmals kritisiert, die sehr schwache Beteiligung der Zahlstelle gerügt und den weiblichen Mitgliedern empfohlen, doch etwas mehr kollegial zu handeln und sich nicht zu fürchten, wenn sie bei einer Kundgebung von einem Vorgesetzten gesehen werden. Gebrandmarkt muß das Verhalten unserer Schlosser werden. Trotz Beschluß der Belegschaft, daß die Arbeit am 1. Mai ruht und vom Chef nichts in den Weg gelegt wurde, erboten sich die Schlosser bei ihrem Meister, am 1. Mai arbeiten zu können, was sie auch bis Mittag getan haben. N.

Tagesereignisse.

Der **Führer der berüchtigten Organisation Heinz** wurde am 13. Mai im Barmer Bürgerbräu durch zwei Elberfelder Kriminalbeamte verhaftet. Heinz konnte monatlich über zehn Millionen Mark Hilfsgelder verfügen. Er soll auch die Blausäurespritze für die Attentäter Scheidemanns geliefert haben.

Zum **Polizeipräsidenten von München** wurde der Oberregierungsrat der Regierung von Schwaben und Nauburg, **Karl Mantel**, ernannt.

Von den Franzosen besetzt wurden in der Nacht vom 14. zum 15. Mai der **Bahnhof** und die **Stadt Limburg**, die **Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen** und die **Höchster Farbwerke**.

Die **Italienische Regierung verweigerte dem Delegierten Matteotti**, der die italienischen Sozialisten auf dem Hamburger Kongreß vertreten sollte, **den Paß**. Darin zeigt sich deutlich die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung Mussolini.

Literarisches.

Die „Arbeiter-Jugend", die bisher vom Vorwärts-Verlag herausgegebene Monatsschrift des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend, ist mit dem 1. April in den eigenen Verlag des Verbandes, den Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, übergegangen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesem Verlagswechsel, der Tatsache, daß jetzt der Verband unserer Arbeiterjugendvereine auch die geschäftliche Verantwortung für sein offizielles Organ übernimmt, ein zumal unter den heutigen Zeitumständen unverkennbares Zeichen für den stetigen prächtigen Aufstieg unserer proletarischen Jugendbewegung erblickt. Bei der Uebernahme des finanziellen Risikos, das diese geschäftliche „Transaktion" für unsere Jugendorganisation bedeutet, rechnet der Verband nach wie vor auf das Interesse und die tatkräftige Solidarität, die die organisierte erwachsene Arbeiterschaft der Bewegung ihres Nachwuchses all die Jahre bewiesen hat. Arbeitereltern, weist euren schulentlassenen Jungen und Mädchen den Weg zum Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands und sorgt dafür, daß sie die „Arbeiter-Jugend" lesen, das Blatt, das sie in euer Denken und Fühlen einführt, das sie zu stolzem, aufrechten Menschtum erzieht und sie zu Kämpfern für die Kulturbewegung des Proletariats schult! Die Monatsschrift kann bei allen Postämtern bestellt werden; den Mitgliedern unserer Ortsgruppen wird sie von ihren Vereinsleitungen geliefert. Das soeben erschienene Heft 5 (Mainummer) kostet 350 Mk. Werbt überall für die „Arbeiter-Jugend".

Aufruf!

Unsere Kollegin **Marie Großöhme** ist schon seit längerer Zeit krank. Sie wurde erst vor kurzem aus der Heilanstalt mit wenig Erfolg entlassen und ist deshalb weiter erwerbsunfähig. Sie ist in allen Kassen ausgesteuert und schon mehrmals von der Zahlstelle unterstützt. Um der Kollegin in ihrer Lage beizustehen, bitten wir die Zahlstellen um ein Scherflein. Geldfund zu senden an den Kassierer **Arthur Hecht, Cottbus, Lausitzerstraße 165.** Quittung erfolgt in der „Ameise".

An die Organempfänger!

Bis spätestens 15. Juni sind Aenderungen und die Zahl der zuzustellenden „Ameise" bei den Adressen der Organempfänger zu melden. Empfänger, die ihre Zeitung selbst bei der Post abholen wollen, haben ebenfalls Meldungen zum angegebenen Zeitpunkt zu erstatten; diese kann immer nur am Vierteljahresbeginn berücksichtigt werden. Aenderungen innerhalb eines Vierteljahres sind möglichst zu vermeiden. Wenn Organempfänger während eines Vierteljahres ihr Amt niederlegen oder abreisen, so haben die Neugewählten sich mit den alten oder mit der Post über die Aushändigung der Zeitungspakete zu verständigen.

Redaktion und Verlag der „Ameise".

Adressenänderungen.

Greußen. Kassierer: Walter Theiß, Klingen, Lengegasse 43.

Weißwasser. Schriftführer: Albert Nerger, Hauptstraße 24, früher Hauptstr. 87.

Zwickau. Vorsitzender: Karl Eichhorn, Modelleinrichter, Schedewitz-Zwickau, Hauptstr. 32.

Quittungen.

Von Pressig gingen für die ehemals streikenden Kollegen in **Sophienthal** noch ein: 17 000 Mk. Bereits quittiert.
Zahlstelle **Sophienthal.** J. A.: Johann Reis, **Kassierer.**

*

Für unser **krankes Mitglied Johann Schmidt** gingen von den Zahlstellen folgende Gelder ein: Vordamm 100,—; Limbach, Gräfenthal, Wallhausen, Roschütz, Meuselwitz, Tiefenfurt, Schirnding, Geringswalde, Schauberg je 200,—; Mannheim-Käferthal, Thiersheim je 250,—; Rösiau, Schney, Breslau, Eisenach, Blankenhain, Spandau, Waldershof, Althaldensleben, Suhl, Waldsassen je 300,—; Nossen, Burgau, Könitz, Triptis je 400,—; Neuhaldensleben, Plaue, Ilmenau, Coburg, Kirchenlamitz, Orlamünde, Fürstenberg, Bonn, Passau, Potschappel, Schorndorf, Hauenstein, Weiden, Malerpersonal Ullersricht, Berka (Sondershausen), Blankenhammer, Rheinsberg, Schönwald, Selb-Plößberg, Elsterwerda, Fraureuth, Kleindembach, Ludwigsburg, Berlin je 500,—; Marktredwitz, Annaburg je 600,—; Oberkotzau, Rehau, Kahla, Elmshorn, Teltow, Magdeburg, Weißwasser, Großdubrau, Schlierbach, Ohrdruf, Grünstadt je 1000,—; Langhammer (Edelmetallschmelze), Willau, Arzberg, Waldenburg, Coldiß je 2000,—; Sophienthal 5000,— Mk. **Summa: 44 200,— Mk.** Im Namen der Zahlstelle **Krummenaab** sowie des kranken Kollegen Schmidt sagt allen Gebern besten Dank. J. A.: Karl Käs, Kassierer.

*

Für die kranken Kollegen **Frommann** und **Reimann** gingen von den Zahlstellen folgende Beträge ein: Gisfeld, Orlamünde, Waldsassen je 100,—; Berlin, Krummenaab, Küps, Roschütz, Schauberg, Blankenhammer, Teltow, Vordamm je 200,—; Althaldensleben, Blankenhain, Emmerich, Geringswalde, Hauenstein, Schwarzenbach, Schirnding, Wunsiedel, Zell je 300,—; Brambach, Frankfurt a. d. O., Freital-Potschappel, Könitz, Limbach, Meuselwitz, Staffel, Stadtlengsfeld, Tiefenfurt, Thiersheim, Weiden, Malerpersonal Bavaria, Ullersricht je 400,—; Fürstenberg, Ilmenau, Grünstadt-Neuleiningen, Kleindembach, Kirchenlamitz, Köppelsdorf, Mannheim, Magdeburg, Nossen, Reichenbach, Roßlau, Suhl, Vohenstrauß, Krummenaab, von einer Kollegin Ungenannt je 500,—; Bonn, Ludwigsburg, Schney, Sorau, Spandau, Waldershof je 600,—; Rüsselheim 700,—; Moschendorf, Triptis, Weißwasser je 800,—; Auma, Annaburg, Burgau, Coburg, Elsterwerda, Fraureuth, Grünhain, Hermsdorf, Jecha, Kahla, Marktredwitz, Marktleuthen, Rheinsberg, Rodach, Schönwald, Schorndorf, Passau, Plaue, Weiden je 1000,—; Kloster Veilsdorf 1500,—; Arzberg, Brattendorf, Elmshorn, Köln, Rehau, Schlierbach, Selb-Plößberg, Oberkotzau, Tettau je 2000,—; Dresden 4000,— Mk. **Summa: 64 300,— Mk.** Im Namen der Zahlstelle und der beiden kranken Kollegen allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. J. A.: Richard Eichardt,
Geschäftsführer für **Ohrdruf und Umgebung.**

*

Für die kranke Kollegin **Friederike Lang** gingen von den Zahlstellen folgende Gelder ein: Hennigsdorf, Laasdorf, Schauberg, Waldsassen je 100,—; Roschütz 150,—; Frankfurt a. d. O., Krummenaab, Tiefenfurt, Meuselwitz, Brambach, Limbach, Staffel, Schirnding, Gräfenthal, Thiersheim, Eisfeld je 200,—; Windisch-Eichenbach, Mannheim je 250; Magdeburg, Waldershof, Suhl, Breslau, Althaldensleben, Marktzeula, Bonn, Schney, Steinbach (Wald), Berlin-Charlottenburg je 300,—; Vohenstrauß, Triptis, Ludwigsburg, Könitz je 400,—; Burgau, Passau, Ilmenau, Coburg, Rheinsberg, Fraureuth, Elsterwerda, Schönwald, Margarethenhütte, Plaue, Neuhaldensleben, Jecha, Grünstadt-Neuleiningen, Schorndorf, Rodach, Selb-Plößberg, Annaburg, Marktleuthen, Velten je 500,—; Marktredwitz 600,—; Weiden 700,—; Hermsdorf 750,—; Ohrdruf 800,—; Kahla, Rehau, Oberkotzau, Köln-Braunsfeld, Schlierbach, Elmshorn, Brattendorf, Teltow je 1000,—; Kloster Veilsdorf 1500,—; Arzberg, Waldenburg, Coldiß je 2000,—; Belegschaft Ludwigsburg 3000,— Mk. **Summa: ????? Mk.** Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern sagt besten Dank. **Friederike Lang.**
Verwaltung der Zahlstelle **Kirchenlamitz.**
J. A.: Otto Grimm, Kassierer.

*

Für die kranken Kollegen **Heinrich Förtsch** und **Johann Körner** gingen von den Zahlstellen folgende Gelder ein: Freienorla 150,—; Hennigsdorf, Vordamm, Schauberg je 200,—; Windisch-Eschenbach 250,—; Schirnding, Roschütz je 300,—; Eisfeld, Meuselwitz, Brambach, Gräfenthal, Staffel, Tiefenfurt, Thiersheim, Könitz je 400,—; Amberg, Kleindembach, Jecha, Suhl, Mannheim-Käferthal, Kirchenlamitz je 500,—; Burgau, Magdeburg, Waldershof, Wunsiedel, Bonn, Berlin-Charlottenburg je 600,—; Triptis, Ludwigsburg je 800,—; Coburg, Marktleuthen, Schönwald, Weiden, Rheinsberg, Schorndorf, Neuhaldensleben, Grünstadt, Grünhain, Fraureuth, Mähenbach, Großdubrau, Selb-Plößberg, Passau, Marktredwitz, Plaue, Biehla-Elsterwerda, Hauenstein, Annaburg je 1000,—; Kloster Veilsdorf 1500,—; Schlierbach, Oberkotzau, Auma, Köln, Malerpersonal „Bavaria", Weiden, Kahla, Ohrdruf, Elmshorn je 2000,—; Rehau, Kollege Karl Barth, Arnzberg je 3000,—; Waldenburg, Coldiß, Arnzberg je 4000,—; Altenkundstadt 5000,—; Langhammer (Edelmetallscheideanstalt), Willau 7000,—; Waldsassen 200,—; Althaldensleben 600,— Mk. **Summa: 80 300,— Mk.** Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen der Zahlstelle Schney und der kranken Kollegen Förtsch und Körner allen Gebern besten Dank. J. A.: Paul Fratscher, Kassierer.

*

Für den bereits verstorbenen Kollegen **Luther** gingen nachträglich noch ein: von der Zahlstelle Pressig, Obfr., 1000 Mk. Bereits quittiert 15 525 Mk. **Summa: 16 525 Mk.** Den Gebern besten Dank.
Zahlstelle **Brattendorf.** J. A.: Fridolin Fehd.

*

Für unsere kranken Mitglieder gingen infolge des Aufrufs in Nr. 10 und 11 der „Ameise" noch folgende Beträge ein: Schauberg 200; Spandau 600 Mk. Bereits quittiert 95 050 Mk. **Summa: 95 850 Mk.** Allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
Zahlstelle **Coldiß.** J. A.: Arthur Hecht, Kassierer.

*

Für die erkrankten Kollegen **Daum** und **Knoll** gingen nachträglich noch ein: von der Zahlstelle Schauberg 200 Mk. **Summa: 73 050 Mk.** Die Sammlung ist geschlossen. Herzlich dankt die
Zahlstelle **Fraureuth.** J. A.: H. verw. Fischer.

*

Für die Kollegin **Lisette Schmidt**, Eisfeld, gingen von den Zahlstellen folgende Beträge ein: Vordamm, Schauberg je 100; Waldsassen 150; Roschütz, Tiefenfurt, Limbach, Schirnding, Meuselwitz je 200; Mannheim, Reichenbach 250; Spandau, Suhl, Zell, Bonn, Berlin, Schney, Waldershof, Brambach je 300; Triptis, Burgau, Köning je 400; Schorndorf, Rheinsberg, Weiden, Fraureuth, Fürstenberg, Kirchenlamitz, Hauenstein, Neuhaldensleben, Schönwald, Sordersbausen, Velten, Selb, Hirschau, Elsterwerda, Ilmenau, Passau, Plaue, Orlamünde, Ludwigsburg, Hermsdorf je 500; Marktredwitz, Annaburg je 600; Margarethenhütte, Oberkotzau, Rehau, Ohrdruf, Magdeburg, Teltow, Grünstadt je 1000; Kloster Veilsdorf 1500; Coldiß, Waldenburg, Arzberg je 2000; Langhammer (Edelmetallschmelze), Willau je 2500 Mk. **Summa: 36 650 Mk.** Allen Gebern besten Dank.
Zahlstelle **Eisfeld.** J. A.: Reinhold Müller, Kassierer.

Briefkasten.

Nach Tillowitz. J. M. Ihr Bericht muß von der Zahlstelle bestätigt sein. Legen Sie ihn der Verwaltung vor und lassen Sie ihn mit dem Stempel versehen.

Berlin-Charlottenburg. Am 4. Juni ist ein Empfangsabend für die anläßlich der internationalen Keramarbeiterkonferenz in Berlin anwesenden ausländischen Delegierten. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, daran teilzunehmen. Lokal: Speisesaal der staatlichen Porzellanmanufaktur. Programm: Ansprachen der Delegierten der Länder, gesangliche und musikalische Darbietungen.

Dank. Der Gesamtbelegschaft der Porzellanfabrik Fraureuth sagen wir für die so reichliche Spende, welche aus Anlaß unserer Krankheit uns überreicht wurde, herzlichsten Dank. Ebenso gilt unser Dank auch den übrigen Zahlstellen, die durch Uebersendung von Spenden ihr Mitgefühl an unserem Los bewiesen. Mit kollegialem Gruß **Christian Knoll u. Paul Daum.**

Sterbetafel.

Dresden. Friedrich Tronicke, Steingutarbeiter, geboren am 12. Mai 1854, gestorben am 25. April an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Ilmenau. Emil Dößrich, Glühfüller, geboren am 4. März 1874 zu Ilmenau, gestorben am 6. Mai an Herzerweiterung. Mitglied seit 1919.

Kahla. Lydia Weber, Fertigmacherin, geboren am 5. Juli 1882 zu Mellenbach, gestorben am 2. Mai an Magentuberkulose. Mitglied seit 1907. — Elise Schwabe, Glühsaalarbeiterin, geboren am 15. März 1866 zu Blankenhain, gestorben am 8. Mai an Hirnhautentzündung. Mitglied seit 1919.

Wittenberg. Karl Hoyer, geboren am 15. Juli 1870 zu Harzberg, gestorben am 10. Mai an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Zur sofortigen Einstellung gesucht: (64)
3 tüchtige, an peinlichste Präzisionsarbeit gewöhnte Matrizenschlosser, 1 Modelleinrichter, der befähigt ist, Modelle nach Zeichnung anzufertigen.
Aus der Geschirrbranche stammenden Bewerbern wird Gelegenheit zur Einarbeitung gegeben.
Meldungen mit Zeugnisabschriften unter „G. K." an die Redaktion des Blattes.

Steingutmaler, ledig, mit Freihandmalerei, Spritzen, Schablonieren, sowie allen vorkommenden Arbeiten der Unterglasurmalerei bestens vertraut, sucht Stellung. Angebote unter „S. 7" an die Redaktion der „Ameise" erbeten.

2 Steingutdreher
werden sofort eingestellt.
Steingutfabriken Velten-Vordamm, G. m. b. H.
(65) Velten i. d. Mark.

Wir suchen per sofort einen
perfekten Schleifer
Lediger bevorzugt. Bewerbungen mit Zeugnissen unter Chiffre „W. P." an die Redaktion der „Ameise". (70)

Wer übernimmt die Anfertigung von
Modellen und Einrichtungen
von Gebrauchsgeschirren?
Angebote unter „P W E" an die Redaktion der „Ameise" erbeten.

Wir suchen per sofort
einige tüchtige Porzellanmaler
ledige bevorzugt. Bewerbungen mit Zeugnissen unter Chiffre „W. P." an die Redaktion der Ameise. (71)

Tüchtiger Glasierer oder Glasiererin
sofort gesucht. **Binz Glas und Keramik, Abteilung Porzellanfabrik, Freienwaldau (Kreis Sagan).**

Geschäfts-Anzeigen.

Offer. für Dreher **Zymoccaschwämme**, das Stück von 40 bis 200 Goldpfennige (1 Goldpfennig zurzeit 70 bis 90 Papiermark), klein. **Levantiner**, das Kilo 40, große prima **Levantinerschwämme** zu 60 engl. Schill. (1 Schill. zurzeit 7000 bis 9000 Papiermark), klein. **Levantiner Elephantenohren** 72, größere prima 95 Schill. pro Kilo, prima weiche, faustgroße **Reefschwämme** 28 Schill., **Hardhead-Glasur- u. Garnierungsschwämme**, sowie große **Hardheadschwämme** für Großsteingut, das Kilo 15 Schill., zahlbar und umgerechnet auf Wunsch in deutsche Reichsmark zum amtlichen Berliner Briefbörsenkurs am Regulierungstage. Ziel 2 bis 4 Wochen laut Vereinbarung.
H. Michelsohn, Schwammimport, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

CHRISTOF SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29